

Lokschuppen zwischen den Fronten

Die Bahn fordert die Stadt Hof zu Stellungnahmen zum Abbruch der Ruine auf. Der Konzern weiß auch vom Vorschlag der „Bürger am Zug“, geht aber bislang nicht konkret darauf ein.

Von Andrea Hofmann

Hof – Das Planfeststellungsverfahren zum Abbruch des Lokschuppens läuft weiter – auch wenn das Eisenbahn-Bundesamt das Vorhaben der Bahn eigentlich abgelehnt hatte. „Wir sind jetzt erstmals aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben“, erklärt Stadtbaudirektor Franz Pischel auf Nachfrage der *Frankenpost*. Nun befassen sich die Fachbereiche für Denkmalschutz und Umweltschutz damit, dann bekommt der Bauausschuss den Fall vorgelegt.

Zum Hintergrund: Dieses Planfeststellungsverfahren findet statt, wenn die Bahn nicht mehr benötigte Anlagen abbrechen will. Dazu gehört auch eine Anhörung der Stadt Hof. Somit bittet die Bahn jetzt, mehr als eineinhalb Jahre nach dem Abbruchantrag der Bahn beim Eisenbahn-Bundesamt, um die Stellungnahmen der Stadt zum Denkmal- und Umweltschutz. Damit holt sie nach, was bisher fehlte. Zur Erinnerung: Das Eisenbahn-Bundesamt hatte den Abbruchantrag der Bahn abgelehnt mit der Begründung, die Stadt Hof habe keine „belastbaren Stellungnahmen“ zum Denkmal- und Umweltschutz vorgelegt. Die Stadt war bis zu diesem Zeitpunkt laut Franz Pischel aber gar nicht angehört worden. Seinen Worten zufolge ist die Bahn erst nach der Berichterstattung der *Frankenpost* über die Empörung in Politik und Verwaltung tätig geworden.

Derweil driften die Haltungen zum Lokschuppen-Gelände auseinander. „Die Bahn will es hergeben, wir wollen es nicht haben“ – so formuliert es Franz Pischel mit Blick auf die möglichen Altlasten im Boden und die Folgekosten. Er sieht die Verantwortung für das Gelände bei der Bahn als Eigentümerin. Den Vorwurf, dass sich Stadt und Bahn gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben, lässt er nicht gelten: „Wir befinden uns auf Bahngelände, die Stadt hat hier nur ein sehr eingeschränktes Planungsrecht.“ Die Stadt könne zudem nicht jedem Besitzer eines einsturzenden Gebäudes die Verantwortung abnehmen.

Zwischen den Fronten steht der Verein „Bürger am Zug“. Nachdem so lange nichts vorwärts ging, hat der Verein, wie berichtet, ein Konzept für den Erhalt des um 1880 erbauten, heute denkmalgeschützten Lokschuppens und für die Gestaltung eines kleinen Parks ausgetüftelt. Diese Woche haben sich die Akteure um Vereinsvorsitzende Beate Franck mit der SPD-Bundestagsabgeordneten



Eine Erinnerung an die große Bedeutung der einstigen Eisenbahnstadt Hof sind die Überbleibsel des alten Lokschuppens. Bürger im Bahnhofsviertel würden die Ruine am liebsten vor dem Verfall sichern – doch sie beißen derzeit mit ihrem Nutzungskonzept bei allen Beteiligten auf Granit. Foto: Nazmy

Petra Ernstberger und ihren Parteigenossen getroffen. Ernstberger hatte, wie berichtet, den Stein im Sommer wieder ins Rollen gebracht, als sie beim Eisenbahn-Bundesamt nachgehakt hatte. Beate Franck hat das Konzept des Vereins auch an die Bahn geschickt – und jetzt eine Antwort bekommen. „Die Deutsche Bahn hat kein Verwertungsinteresse an dem Grundstück, andererseits auch keine Mittel für eine umfangreiche Sanie-

„Über ein Modell à la Münch-Ferber-Villa kann man diskutieren. Da würde ich nicht gleich Nein sagen.“
Stadtbaudirektor Franz Pischel

„Die Deutsche Bahn hat kein Verwertungsinteresse, andererseits auch keine Mittel für eine Sanierung.“
Klaus-Dieter Josel, DB-Konzernbeauftragter für Bayern

rung“, schreibt Klaus-Dieter Josel, der DB-Konzernbeauftragte für Bayern. Deshalb sei man offen für die Vorschläge Dritter. Er erwähnt außerdem, dass die Deutsche Bahn den „Klärungsbedarf“ übernommen habe, um das Eisenbahn-Bundesamt zu entlasten. Der Antrag sei eineinhalb Jahre lang nicht behandelt worden, weil es dringende Neubauprojekte gegeben habe. Auf das Konzept der Bürger geht er nicht konkret ein. Es heißt zum Schluss stattdessen, dass die Bahn den Abriss des Lokschuppens vorantreiben wolle, um „endlich eine Fläche in ordentlichem Zustand“ herzustellen.

„Ich nehme an, er hat das Konzept gar nicht gelesen“, meint Beate Franck. Wie berichtet, hat der Verein

Folgendes vor: Das Areal ist schon versiegelt, die Altlasten könnten, so meint zumindest der Verein, im Boden bleiben, ohne dass sie eine Gefahr darstellen. Der Verein will die Ruine, die für viele Hofer einen ganz besonderen Charme hat, vor dem weiteren Verfall schützen. Geht es nach den Bürgern, soll aus dem Areal ein Park werden mit wilden Blumen und Infotafeln über die Geschichte der Eisenbahnstadt Hof, ein Park, um zu verweilen, Sport zu treiben, zu grillen oder Konzerte zu veranstalten. Das Konzept stammt von Thomas Schott. Damit die Stadt in ihrer finanziellen Not das Areal nicht erwerben muss, schlägt Schott nun einen Gestattungsvertrag zwischen Bahn und Stadt vor. Die Bahn könnte der Stadt – vielleicht über einen Zeitraum von mehreren Jahren und für einen symbolischen Jahresbetrag – erstmal nur die Nutzung gestatten.

Um eine Machbarkeitsstudie und den Park realisieren zu können, würde der Verein helfen, Fördergelder und Spenden zu akquirieren. Eine erste Kostenschätzung will der Hofer Architekt Georg Gebhardt, der sich in der Agenda 21 engagiert, bald vorlegen. Die Agenda 21 will auch prüfen, ob das Konzept vielleicht Grundlage einer kleinen Landesgartenschau in ein paar Jahren werden könnte. Die „Bürger am Zug“ hoffen jetzt auf eine klare Aussage der Stadt zu ihrem Konzept. „Die Stadt muss dazu bereit sein“, sagt Schott. Ein Hoffnungsschimmer für die Lokschuppen-Fans: Eine Lösung nach dem „Hofer Modell“ ähnlich der Sanierung der Münch-Ferber-Villa will Franz Pischel nicht von vornherein ablehnen: „Über so etwas kann man auf alle Fälle diskutieren. Da würde ich nicht gleich Nein sagen.“



Bürger und Politiker hinter der Lokschuppen-Ruine: Beate Franck (Mitte) und der Verein „Bürger am Zug“ hoffen auf Unterstützung. Foto: Hofmann

Chronologie

- Januar 2011: Das Dach des Lokschuppens hält den Schneemassen nicht mehr stand und stürzt ein.
- 2011 finden Gespräche zwischen der Bahn AG und der Stadt Hof statt.
- Dezember 2011: Die Bahn beantragt beim Eisenbahn-Bundesamt den Abriss des Lokschuppens.
- Mai 2013: Das Eisenbahn-Bundesamt lehnt den Antrag der Bahn auf den Rückbau ab – mit dem Hinweis, dass notwendige Stellungnahmen der Stadt nicht vorlägen. Dabei kann die Stadt die Stellungnahmen nur vorlegen, wenn sie im Rahmen des nötigen Planfeststellungsverfahrens angehört wird.
- Juli 2013: Der Verein „Bürger am Zug“ legt ein Konzept vor, das den Erhalt des Lokschuppens als Eisenbahn-Denkmal und die Umgestaltung des Areals zum Park zum Ziel hat.
- Juli/August 2013: Nach der Empörung der Hofer Politik und Verwaltung über die Ablehnung des Abbruch-Antrages, fordert die Bahn die Stadt erstmals zu Stellungnahmen auf.
- Aktuell: Die Stadt Hof prüft im Hinblick auf Denkmalschutz und Umweltschutz, ob man dem Antrag auf Abbruch zustimmen kann. Zeitgleich treibt der Verein „Bürger am Zug“ sein Konzept voran.

Hofer Schulen erwarten 328 Erstklässler

Hof – Heute ist es so weit: Die Sommerferien sind vorbei, und die Schule geht wieder los. Zum Schuljahresbeginn bitten Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner und Bürgermeister Eberhard Siller deshalb um besondere Rücksicht auf die Schulkinder. Siller appelliert an die Autofahrer: „Vor allem unsere 328 neuen Erstklässler in Hof müssen sich erst an den Straßenverkehr und ihren neuen Schulweg gewöhnen.“ Er betont: „Bitte fahren Sie vorsichtig und achten Sie immer auch auf die Gehege und auf parkende Autos.“ 18 Schulweghelfer und viele Schülerlotsen sind im Einsatz.

Umbauten in den Ferien

In den Ferien wurde an den Hofer Schulen auch gewerkelt. Wie die Stadt mitteilt, gibt es an der Christian-Wolfrum-Schule nun behindertengerechte Zugänge zu Grundschule und Turnhalle. Sanierungen des Fußbodens in der Eingangshalle sowie der Einbau von Brandschutztüren erfolgten in der Schule Krötenbrück. Auch der Bodenbelag in der Aula des Reinhart-Gymnasiums ist erneuert. Zudem läuft dort die Vorbereitung zur Flachdachsanierung über den Kunst- und Wissenschaftsräumen. An der Johann-Vießmann-Berufsschule wurde ein weiterer Raum renoviert. Aktuell holt die Stadt Angebote zur Sanierung der Toiletten in der Neustädter Schule, in der Münsterschule und im Reinhart Gymnasium ein.

15 287 Wissbegierige

Hof hat Bedeutung als Schulstandort: Mehr als 4600 Studenten besuchen die beiden Hochschulen und 406 Fachstudenten die Fachakademie für Heil- und Sozialpädagogik. Insgesamt gibt es heuer 15 287 Schüler und Studenten in Hof. Weit mehr als 2000 Schüler kommen aus dem Umland. 1223 Kinder gehen zur Grundschule, die Mittelschulen besuchen 1061 Schüler. An Gymnasien gehen 2460 Schüler, davon 1237 ans Schiller-Gymnasium, 750 ans Reinhart-Gymnasium und 473 ans Jean-Paul-Gymnasium. Die Realschule besuchen 734, die Wirtschaftsschule 280, die Waldorfschule 248 und die Evangelische Volksschule 223 Schüler. An die FOS mit der angegliederten BOS gehen 675 Schüler. Die Fachschule für Technik im beruflichen Schulzentrum besuchen 101 Schüler, die Berufsfachschule für technische Assistenten für Informatik 34 junge Leute und 1774 Schüler gehen in die Hofer Berufsschule. Auf die drei Förderschulen gehen 691 Schüler.

Leopoldstraße

Vom heutigen Donnerstag an, pünktlich zum Schulanfang, ist die Leopoldstraße wieder befahrbar. So können nun die Linien 1, 11, E3 und der Spätverkehr 16 wieder die normale Strecke fahren.

Fünf Kreuze für die Verfassung

Am Sonntag ist der Wähler gefordert. Es gilt nicht nur, über Land- und Bezirkstag abzustimmen, sondern sich auch in den Volksentscheiden festzulegen.

Von Thomas Schuberth-Roth

Hof – Die Wahlberechtigten in Bayern stimmen – neben ihren Kreuzen für die Parteien und deren Spitzenkandidaten – zusätzlich noch über fünf einzelne Gesetze ab. Die bayerische Staatsregierung macht es sich damit leicht – und nebenbei, sie macht es auch kostengünstig, weil sie den Wähler nicht noch einmal an die Urnen bittet. Denn es geht um Änderungen der Verfassung. Eine solche ist in Bayern jedoch nur durch eine Zweidrittelmehrheit im Landtag und einen Volksentscheid möglich. Von den fünf im Landtag vertretenen Parteien waren nur die Grünen dagegen, die geplanten Verfassungsänderungen stützen sich damit auf

eine breite Koalition von CSU, FDP, SPD und Freie Wähler.

Drei der geplanten Gesetzesänderungen in der Verfassung betreffen in Ergänzungen eher übergeordnete politische Staatsziele: Es geht um die „Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen“, „Angelegenheiten der Europäischen Union“ und eine „Schuldenbremse“, die aber erst ab 2020 wirksam werden soll.

Die anderen beiden Volksentscheide könnten sich sehr viel direkter vor der eigenen Haustür auswirken. So geht es um die „angemessene Finanzausstattung der Kommunen“. „Grundsätzlich ist das zwar zu begrüßen, doch ich bin skeptisch, ob es etwas bringt“, sagt Peter Fischer. Und das deshalb, „weil das Wort ‚angemessen‘ nicht definiert wird“, begründet der Mann aus der Praxis. Fischer ist Kämmererleiter der Stadt Hof. Er vermisst in dieser Frage einen konkreten Pflichtenkatalog, für den

eine Kommune aufzukommen habe. Und er verweist auf Artikel 28 Grundgesetz, der die Selbstverwaltung der Kommune garantiert: „In

„In Sportvereinen ist nur noch jedes vierte Mitglied in der Vereinsorganisation aktiv.“
Siegfried Tabbert



„Ich bin skeptisch, weil das Wort ‚angemessen‘ nicht definiert wird.“
Peter Fischer



der Konsequenz gehört dazu eben auch deren Finanzausstattung.“

Der fünfte Volksentscheid schließlich bezieht sich auf die „Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl“. Siegfried Tabbert be-

grüßt ausdrücklich, dass diese Vorgabe nun als Ziel Verfassungsrang erhält. Tabbert ist seit vier Jahren Kreisehrenamtsbeauftragter im Fußballkreis Hof-Marktredwitz. „Wenn das Ehrenamt so in die breite Öffentlichkeit getragen wird, ist das sinnvoll und richtig.“ Tabbert weiß: „In Sportvereinen ist nur noch jedes vierte Mitglied in der Vereinsorganisation aktiv.“

Und dabei ist freiwilliges Engagement gerade in Sportvereinen, in der Jugendarbeit, bei Umweltverbänden oder den Kirchen besonders ausgeprägt, wie der im Jahr 2008 erhobene „Engagementatlas“ der Prognos AG nahelegt. Danach engagiert sich bayernweit mehr als ein Drittel aller Einwohner über 16 Jahre „bürgerschaftlich“.

Ohne Ehrenamtliche könnte auch der BRK-Kreisverband Hof seine umfangreichen Aufgaben nicht erfüllen. Den 80 hauptberuflich Beschäftigten stehen 2800 Ehrenamtliche von sechs bis 70 Jahren zur Seite. BRK-Kreisbereitschaftsleiter Marc Stürmer: „Unsere Ehrenamtlichen haben im Jahr 2012 in Stadt und Landkreis 164 679 Stunden Dienst geschoben.“

ANZEIGE

Ihre Erststimme für den Landtag:
KLAUS ADELT

Bayern
SPD

IHRE ERSTSTIMME FÜR DEN BEZIRKSTAG
ULRICH SCHARFENBERG
www.ulrich-scharfenberg.de